

Thesen zur Demokratisierung der Wirtschaft

Seit dem Ausbruch der grossen Schuldenkrise (2007/08), die das globale Finanzsystem an den Rand eines Zusammenbruchs führte, hat die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen ein noch extremeres Ausmass erreicht als zuvor. Die führenden Banken, Industrie- und Handelskonzerne sind inzwischen noch grösser und noch mächtiger geworden. Die Unterordnung der Wirtschaft unter das Diktat der Finanzwelt ist zementiert worden. Dieser Irrweg bringt die Gesellschaft immer weiter vom Ziel einer sozial und ökologisch ausgewogenen Entwicklung ab. Auch die meist über Notrecht verfügten Regierungsmassnahmen zur Eindämmung der weltweiten Pandemie im Jahr 2020 mit ihren gravierenden ökonomischen und sozialen Folgen haben die strukturellen Schwächen und Widersprüche der globalisierten Wirtschaft schonungslos offenlegt.

Die Suche nach Profit im wirtschaftlichen Geschehen darf nicht länger die wichtigste Triebfeder unserer Existenz sein. Nur mit Hilfe von radikalen Reformen wird es möglich sein, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in die uns die neoliberale Politik geführt hat. Anstelle des systembedingten Gewinnstrebens auf Kosten des Gemeinwohls und der Umwelt sollen die **Prinzipien der Solidarität und Umweltgerechtigkeit** als Kerngedanken treten.

Hauptanliegen einer solidarischen Politik ist die Demokratisierung der Eigentumsstrukturen und Entscheidungsmechanismen in der Wirtschaft, damit alle Beteiligten ihr demokratisches Mitspracherecht ohne Existenzangst gleichwertig ausüben können. Um dies zu ermöglichen, sollen Firmen nicht mehr Einzelnen gehören, sondern in gemeinschaftliche Nutzungsrechte, unteilbares Eigentum und Besitz aller Beschäftigten des jeweiligen Unternehmens umgewandelt werden.

Das bedingt einen politischen Rahmen, welcher die ungleiche Anhäufung von individuellem Vermögen begrenzt und gleichzeitig die nachhaltige Entwicklung des Gemeinwohls fördert. Konkret müssen die Finanzmärkte umstrukturiert und das Steuersystem grundlegend reformiert werden. Der Markt als flexibles Verteilungssystem von Waren hat sich jedoch in der Vergangenheit teilweise bewährt und soll eingeschränkt erhalten bleiben. Ziel der radikal reformistischen Politik ist die Verteilung von wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Macht auf alle und nicht nur auf diejenigen mit erheblichem Besitzstand.

Von ähnlicher Wichtigkeit wie das Prinzip der Solidarität ist dasjenige der Emanzipation. Wir wollen die Wirtschaft so organisieren, dass auch die verschiedenen Formen von nicht legitimer Herrschaft von Menschen über Menschen und von Menschen über die Natur ausgeschlossen sind. Anstelle des systembedingten Gewinnstrebens auf Kosten des Gemeinwohls und der Umwelt sollen Solidarität und Befreiung von Mensch und Natur aus nicht legitimer und nicht legitimierbarer Herrschaft jeglicher ideologischen Herkunft treten.

Unser politisches Projekt ist auf universale Reichweite und Anwendbarkeit ausgelegt. Wir stellen es hier in einer Reihe von Thesen vor, die als Kompass die öffentliche Debatte in politischen und sozialen Kreisen anregen sollen. Jede einzelne dieser Thesen wird eine vertiefte Diskussion über ihre konkreten Implikationen, Risiken und Ausführungsmöglichkeiten erfordern. Der damit verbundene demokratische Lernprozess ist anlässlich der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise und angesichts der weltweit herrschenden Ungerechtigkeit in der Verteilung des Reichtums schon vielerorts angestossen worden. In diesem Vorgang der Bewusstseins- und Meinungsbildung werden

sich verschiedenartige Wege gesellschaftlicher Aktion finden lassen, um die Ziele einer radikal demokratischen Entwicklung zu erreichen.

Die vorliegenden Thesen bedingen eine grundlegende Revision der herrschenden Rechtsordnung. Wir glauben an die Kraft der Argumente und der Gewaltlosigkeit und betrachten Mahatma Gandhi in dieser Haltung als Vorbild. Gewalttätigkeit jeder Art lehnen wir vorbehaltlos ab, denn sie widerspricht der Absicht unseres Projekts.

Grundlagen

1

Die **Prinzipien von Solidarität und Umweltgerechtigkeit** im politischen und wirtschaftlichen Handeln sollen verfassungsmässig verankert werden und unsere Lebenswelt entscheidend prägen.

2

Solidarische Formen des Wirtschaftens wie Produktions-, Konsum- und Dienstleistungsgenossenschaften, Mitarbeiter*innengesellschaften, selbstverwaltete Betriebe und Allmenden haben, wenn sie auf soliden ethischen Fundamenten stehen, in allen Bereichen der Ökonomie ihre Nützlichkeit unter Beweis gestellt. Sie sollen in Zukunft mit allen Mitteln gefördert werden.

3

Die Menschen- und Sozialrechte sollen vollumfänglich umgesetzt werden. Darüber hinaus wird die Teilhabe der Mitarbeitenden am wirtschaftlichen Produkt in der solidarisch organisierten Gesellschaft als verbindliches **universelles Menschenrecht** postuliert.

4

Wirtschaftsdemokratie kann nur **im Rahmen eines repräsentativ und direkt demokratischen Staates** verwirklicht werden, in dem der Bevölkerung echte Möglichkeiten einer politischen Mitbestimmung in allen wichtigen Belangen gewährt werden. Dabei ist eine möglichst dezentrale Organisation der Entscheidungsstrukturen anzustreben. Die Gewaltenteilung zwischen Gesetzgebung, Regierung und Justiz muss gewährleistet sein.

5

Die Demokratisierung des politischen und wirtschaftlichen Geschehens stützt sich prinzipiell auf verschiedene Formen von **Volkentscheiden** (Plebiszite und das Recht, mittels Initiativen konstitutionelle und legale Änderungen oder Neuerungen zur Abstimmung zu bringen).

6

Wichtigste Instanzen zur demokratischen Willensbildung sind **gewählte Räte**, in denen Menschen Einsitz nehmen sollen, die sich aufgrund ihrer Bildung, Erfahrung und Leistungen im Dienste des Gemeinwohls oder ihrer ethischen Autorität in Wissenschaft und Gesellschaft dafür eignen. Erklärtes Ziel solcher Räte muss sein, die Wirtschaft in den Dienst von Mensch und Natur zu stellen – und nicht umgekehrt.

7

Existenz und Achtung des Rechtsstaates sind unerlässliche Voraussetzung für eine reale Wirtschaftsdemokratie. Die **Rechtsgleichheit** und damit das Verbot jeglicher Art von Diskriminierung sind unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Herkunft, Religion und sozialer Klasse durchzusetzen.

8

Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet das Recht aller Mitarbeitenden eines Unternehmens auf **Mitentscheidung, Mitverantwortung und Teilhabe**. Sie entscheiden gemeinsam – und entlang der gesamten Wertschöpfungsketten – über alle wichtigen Angelegenheiten des Unternehmens nach dem demokratischen Prinzip: ein Mensch – eine Stimme. Sie bestimmen insbesondere über Fragen der Produktion und des Vertriebs, gerechte Löhne sowie Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Betriebsinterne Entscheidungen berücksichtigen die Auswirkungen von Produktionsprozessen, Gütern und Dienstleistungen auf die Gesundheit von Mensch, Natur und Gesellschaft, auch ausserhalb des eigenen Betriebs.

Grundsätzlich haben solidarisch organisierte Unternehmen eines gemeinsam: Sie verwalten sich selbst nach demokratischen Regeln. Entscheidungs- und Produktionsabläufe werden dabei möglichst dezentral organisiert. Wo notwendig kann die Ausführung von gemeinsam gefällten Entscheidungen auch an betriebsinterne repräsentative Gruppen delegiert werden. Wo sinnvoll können auch Angehörige von Zulieferfirmen, Kunden und Andere, die vom Wirken des Betriebs betroffen sind (*stakeholder*), in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für die Konsumentinnen und Konsumenten der Güter und Dienstleistungen. Sie können Teil von assoziativen Netzwerken selbstverwalteter Betriebe sein und haben das Recht, ihre Bedürfnisse in die Entscheidungen der Unternehmen einzubringen.

9

Das Geld- und Anlagevermögen des Unternehmens wird in **unteilbaren Besitz der Gemeinschaft der Mitarbeitenden** umgewandelt. Der Firmenbesitz ist also nicht mehr an einzelne Personen gebunden und auch nicht unter einzelnen Personen aufteilbar. Das Kapital wird damit „neutralisiert“ *. Gemeinschaftlich selbstverwaltete Unternehmen sind effizienter, wenn ihre Grösse nach oben begrenzt ist. In diesem Sinn ist die Selbstverwaltung auch ein Abschied von gigantischen national oder global organisierten Unternehmungen. Akkumulierung von Kapital zum Zweck privater Bereicherung und Machtkonzentration, die mit dem Wesen der Demokratie unvereinbar sind, werden damit verhindert.

*Der Begriff der Neutralisierung des Kapitals stammt vom tschechischen Wirtschaftswissenschaftler Ota Sik, der Ende der 1960er Jahre als Mitglied der Regierung Dubcek den Prager Frühling entscheidend inspiriert hat. Dieses Modell wird in seinen beiden bedeutendsten Werken *Humane Wirtschaftsdemokratie* (Hamburg, 1979) und *Ein Wirtschaftssystem der Zukunft* (Berlin, 1985) ausführlich beschrieben.

10

Der Staat leistet mit seinem **Service public** einen unerlässlichen Beitrag zum Gemeinwohl der gesamten Bevölkerung. Zu deren wichtigsten realen Bedürfnissen gehört der Ausbau, die Verbesserung und Humanisierung der Pflge Tätigkeit und Gesundheitspolitik (Care-Ökonomie) mit vorwiegend öffentlichen Mitteln. Private Initiative soll dabei demokratischer Steuerung und Kontrolle unterliegen. Öffentliche Dienstleistungsfirmen müssen nach demokratischen Prinzipien mitbestimmt und kontrolliert werden.

11

Dem Prinzip einer allen Menschen zugänglichen **Bildung und Ausbildung** muss oberste Priorität zukommen. Lernende sollen eine Bildung auf der Grundlage von humanistischen Werten erfahren. Ziel ist ihre Vorbereitung auf eine demokratische Gesellschaft, die auf den Prinzipien der Solidarität, Umweltorientierung, Emanzipation und Toleranz beruht. Sie sollen als Bürgerinnen und Bürger ermächtigt werden, in diesem Prozess aktiv mitzuwirken. Bildung soll sie auch dazu befähigen, eine gute Erwerbsarbeit zu finden, die eine sinnvolle Tätigkeit und würdige Existenz ermöglicht.

Das duale Bildungssystem, das handwerkliche und technische Ausbildung mit theoretischer Schulung kombiniert, wie es in einigen europäischen Ländern seit vielen Generationen erfolgreich zur

Anwendung kommt, kann gerade für weniger entwickelte Staaten der Schlüssel zu wirtschaftlichem Erfolg sein.

12

Der **Trend zur Ökonomisierung** von Bildung und Ausbildung wie auch die zunehmende Beeinflussung des akademischen Betriebs durch Kapitalinteressen (zum Beispiel mittels Sponsoring) müssen unterbunden werden. Vor allem in ärmeren Ländern sind gezielte Anstrengungen zu einer Verbesserung der Ausbildung von Lehrkräften auf allen Niveaus und bessere Entlohnung derselben dringend nötig. Die dazu erforderlichen finanziellen Mittel werden durch eine sozial und ökologisch gerechte Steuerpolitik generiert, wie sie in den Thesen 29 bis 34 umrissen wird.

Markt und Planung

13

Wir halten sowohl die absolute Marktgläubigkeit des Neoliberalismus als auch ein dogmatisches Verharren in planwirtschaftlichen Konzepten für Irrwege. Kapitalismus ist nicht dasselbe wie Marktgeschehen, denn Kapitalismus impliziert Wachstumszwang und Machtkonzentration, was mit den wahren Bedürfnissen von Mensch und Natur nicht in Einklang zu bringen ist.

Hingegen ist ein **gleichzeitiges Wirken von Marktmechanismen und Planung** sowohl auf makro- als auch mikroökonomischer Ebene sinnvoll und notwendig. So können Unternehmen und Individuen ihre Tätigkeit autonom entfalten und ihre Erzeugnisse im Markt anbieten, der durch die in den nachfolgenden Thesen (14 bis 18) genannten Kriterien reguliert und eingeeht wird.

14

Damit die Entscheidungen aller, die am Marktgeschehen teilnehmen, auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden können, braucht es demokratische **Rahmenplanung** (makroökonomische Planung), die in erster Linie die Umweltpolitik, den Ausbau und Unterhalt der Infrastruktur, die Vermeidung einseitiger Marktmacht, einen geordneten Konjunkturverlauf und die Verbesserung der Lebensqualität der ganzen Bevölkerung im Auge behält. Sie obliegt im Prinzip öffentlichen Instanzen auf globaler, nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene. Die Interessen einzelner Sektoren der Wirtschaft werden dabei angemessen berücksichtigt, dem Gemeininteresse aber stets untergeordnet. Die aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger muss ein wirksames Gegengewicht zur Macht und zum Einfluss der wirtschaftlichen Verbände und ihrer Lobbys im demokratischen Entscheidungsprozess bilden.

15

Ökologisches Wirtschaften verlangt, dass die natürlichen Kreisläufe von Wasser, Stickstoff, Kohlenstoff u. a. nicht gestört werden und dass durch Produktion und Konsum keine schädlichen Abfälle in die Umwelt gelangen. Umweltschonende Energieerzeugung muss in der wissenschaftlichen Forschung höchsten Vorrang erlangen. Verschwendung von Ressourcen, insbesondere von Energie wie auch von Lebensmitteln aller Art, darf nicht länger geduldet werden.

Eine **nachhaltige Umweltpolitik** meint in erster Linie Respekt vor der Natur. Das ist der tiefere Sinn der Philosophie vom Guten Leben (*buen vivir*), wie es von verschiedensten indigenen Völkern angestrebt wird. In völligem Widerspruch dazu steht der Mythos, dass es nur mit Hilfe von wirtschaftlichem Wachstum und der damit einhergehenden Plünderung und Verschmutzung der Umwelt Fortschritt geben könne. Zwischen den vitalen Bedürfnissen wirtschaftlich benachteiligter Gesellschaften und den Ansprüchen privilegierter Teile der Menschheit muss solange differenziert werden, bis menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle gewährleistet sind.

16

Der Staat kann zur Absicherung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung in die Preisbildung eingreifen. Die finanziellen Möglichkeiten, **Subventionen** an die lokale Wirtschaft zu vergeben, unterscheiden sich jedoch von Land zu Land. Generell muss man sich vor Exzessen bei stimulierenden Massnahmen hüten. Sie können den finanziellen Haushalt über kurz oder lang sprengen und damit das Preisgefüge aus dem Gleichgewicht bringen.

Dank protektionistischen Hilfsmitteln haben sich die heute reichen Staaten industriell und technologisch entwickeln können. Was ihnen recht war, muss auch arm gebliebenen Nationen erlaubt sein, deren Ressourcen nach wie vor von fremden Wirtschaftsmächten ausgebeutet werden. Den unterentwickelten und aufstrebenden Ländern ist folglich das Recht einzuräumen, ihre lokale Produktion mit handelspolitischen Massnahmen zu schützen. Die hoch entwickelten Staaten dürfen ihrerseits keine Exportsubventionen mehr anwenden, die die Wirtschaft in den Zielländern ruinieren. Die wohlhabenden Nationen verpflichten sich zu fairem Handel und zu einer internationalen Entwicklungszusammenarbeit, die demokratische Strukturen in Staat und Wirtschaft fördert.

17

Um das Entstehen und Wuchern von Monopolen, Oligopolen und übermächtigen Unternehmerverbänden zu verhindern, werden die **Wettbewerbs- und Kartellgesetze** verschärft und mit aller Konsequenz durchgesetzt. Im Extremfall können Unternehmen verstaatlicht werden.

18

Das Patentrecht muss neu gefasst und dabei auf die Förderung von Allmendmodellen, freiem Austausch des Wissens (*open source*) und kollaborativer Arbeit ausgerichtet werden. Um freies Wissen zu fördern, soll die Registrierung von Verfahren oder Produkten als **offene Patente** steuerlich gefördert werden. Damit ermächtigt man alle Interessierten weltweit zur freien Nutzung, solange sämtliche Weiterentwicklungen solcher Güter oder Verfahren wiederum als offene Patente allen zur Verfügung gestellt werden.

19

Unter den Voraussetzungen einer Dominanz solidarischer Formen des Wirtschaftens, allgemein verbindlicher Umweltpolitik und Rahmenplanung, Einschränkung der privaten Wirtschaftsmacht und einer zentralen Rolle der öffentlichen Hand bei der Grundversorgung wie auch in allen wesentlichen Sektoren des Service public kann der Markt hinreichend frei und gleichzeitig **im Dienst des Gemeinwohls** funktionieren. In diesem Sinn ist ein regulierter Markt langfristig effizienter und humaner als der sogenannte freie Markt, wie er gegenwärtig existiert. Solidarisch orientierte Volkswirtschaften dulden keine Produktion und keinen Handel mit Rüstungsgütern.

Gemeinwohl

20

Die Globalisierung hat unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen zu einer immer extremeren Konzentration des Reichtums geführt. Demgegenüber fordern wir eine **Globalisierung für alle**, die sich an ethisch begründeten Rechtsnormen und an den Prinzipien globaler Gerechtigkeit einschliesslich Personenfreizügigkeit orientiert. Gleichzeitig sehen wir die Möglichkeit einer Anpassung der vorliegenden Thesen an nationale Gegebenheiten, sofern die Prinzipien solidarischer Politik dabei nicht umgestossen werden.

21

Digitalisierung, Automatisierung und Robotisierung wandeln immer mehr Arbeitsplätze um. Während spezialisierte Arbeitskräfte zum Zuge kommen, werden vor allem Beschäftigten für

Niedrigqualifizierte wegrationalisiert. Die davon Betroffenen dürfen nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse abgeschoben werden. Eine auf Automatisierung ausgerichtete Entwicklung kann für die Gesellschaft als Ganzes nur sinnvoll sein, wenn sie erstens mit einer Verkürzung der Arbeitszeit bei etwa gleichbleibenden Reallöhnen und zweitens mit einer Stärkung demokratischer Mechanismen einhergeht. Wo der technologische Fortschritt dazu führt, dass die Produktion immer kapitalintensiver wird, also mit immer weniger Mitarbeitenden erfolgt, ist eine Umwandlung des Unternehmens in einen gemeinnützigen Betrieb mit solidarischen Strukturen sinnvoll und gerecht.

22

Die **Auswertung personenbezogener Daten** erlaubt eine umfangreiche und differenzierte Verhaltensanalyse einzelner Personen. Die Möglichkeit gezielter Einflussnahme, die sich daraus ergibt, untergräbt die nötige Unabhängigkeit zu freier Entscheidung beträchtlich. Jeder Mensch soll selbst bestimmen können, wem er/sie welche Daten aushändigt, sie/er soll in jedem Fall uneingeschränktes Zugriffs- und Lösungsrecht auf ihre/seine Daten besitzen. Daten, die ohne explizite Zustimmung der Betroffenen gesammelt wurden, müssen gelöscht werden. Datenbanken, in denen Personendaten gespeichert werden, müssen per Gesetz klar voneinander getrennt sein und dürfen nachträglich nicht miteinander verknüpft werden. Über Personen dürfen ohne hinreichenden strafrechtlichen Verdacht keine Dossiers ohne ihr Einverständnis erstellt werden.

Staatlich verfügte wie auch privat organisierte Massenüberwachung ist ein gefährliches politisches Machtinstrument in den Händen Weniger. Es stellt alle Übrigen unter Generalverdacht, widerspricht dem Prinzip der Unschuldsvermutung und ist daher als grundrechtswidrig zu bekämpfen.

23

Private Eigentumsansprüche im persönlichen Lebensbereich, soweit sie Gebrauchsgüter und Wohneigentum (ohne Grundbesitz) in sozial und ökologisch vertretbarem Ausmass betreffen, sind legitim, sofern sie nicht auf der Ausbeutung anderer Menschen beruhen, nicht relevante Umweltschäden verursachen und nicht unter Missachtung elementarer ethischer Normen, insbesondere mittels korrumpierender Praktiken, zustande gekommen sind.

24

Privates Grundeigentum fördert die Bodenspekulation mit schlimmen Folgen für jene Bevölkerungsteile, die Wohnraum mieten müssen. Grossgrundbesitz in privaten Händen ist weltweit eine der Hauptursachen gewalttätiger Konflikte. Darum muss das Privateigentum des Bodens aufgehoben werden. Wer ihn zu produktiven Zwecken nutzen will, kann einen langfristigen Pachtvertrag mit der zuständigen öffentlichen Instanz abschliessen. Wer ihn zu Wohnzwecken braucht, kann bei derselben Amtsstelle die Nutzung im Baurecht für eine ebenfalls angemessene lange Zeit beantragen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit von öffentlich zugänglichen Katasterämtern, die der Kontrolle demokratisch ernannter Instanzen unterstehen. Die Pachtverträge müssen allen Begünstigten ähnliche Garantien wie Eigentumsdokumente gewähren.

Ebenso wie der Boden gelten auch Wasser (vor allem Trinkwasser), saubere Luft, Waldbestände und Artenvielfalt als Gemeingüter, auf die keinerlei privaten Besitzansprüche erhoben werden können. **Bodenschätze** bleiben jederzeit staatliches Eigentum. Wenn sie zur Nutzung vergeben werden, müssen die entsprechenden Pacht- oder Konzessionsverträge hohe steuerliche Auflagen enthalten. Nicht erneuerbare Ressourcen wie Erdöl, Erdgas und Mineralien sollen auf diesem Weg für die Gesamtheit der Bevölkerung einen substantiellen Nutzen in der Gegenwart und womöglich – mittels Anlagen in gemeinschaftlich verwalteten Fonds – auch in der Zukunft abwerfen. Die staatlichen Einnahmen aus der Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen werden dazu benutzt, die wirtschaftlichen Aktivitäten auf die dezentrale Nutzung von erneuerbaren natürlichen Ressourcen umzustellen.

25

Die Frage der Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln stellt sich mit besonderer Dringlichkeit hinsichtlich der **Massenmedien**, denn diese üben bei der demokratischen Meinungsbildung eine Schlüsselrolle aus. Alle Medienunternehmen müssen demokratisch organisiert sein und die Pressefreiheit muss gewährleistet werden. Unternehmermacht und privater Reichtum dürfen nicht darüber entscheiden, welche Meinungen verbreitet werden können. Die Rolle der Werbeindustrie und ihr Verhältnis zu den Medien muss neu definiert und den realen Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst werden.

Finanzwesen und Steuerpolitik

26

Wilde Spekulation, Bankrotte von Konzernen und Banken wie auch waghalsige Zentralbankpolitik treiben grosse Teile der Bevölkerung in den Ruin. Deswegen ist eine **systemische Umstrukturierung des Finanzwesens** unerlässliche Voraussetzung für eine Demokratisierung der Wirtschaft. Banken und Unternehmen, die zu gross und zu komplex geworden sind, müssen in kleinere Einheiten zerlegt werden. Jede Einheit muss eine genügend grosse Eigenkapitaldecke aufweisen und ohne gravierende Folgen für die Gesamtwirtschaft Konkurs machen können. Vorrangige Funktion aller Finanzinstitute ist es, mit dem Anlagegeld des Publikums und der Unternehmen unter Einhaltung der Rahmenplanung produktive Investitionen zu finanzieren. Spekulative Operationen, die über die Absicherung zukünftiger Handelsgeschäfte hinausgehen, werden verboten. Die Zukunft gehört den kooperativen, alternativen und demokratisch kontrollierten staatlichen Banken. Alle Geschäftsbanken werden unter besonders strenge Aufsicht gestellt. Korruption schafft Privilegien, die der Essenz der demokratischen Ordnung diametral entgegenstehen. Sie muss mit allem Nachdruck bekämpft und exemplarisch bestraft werden.

27

Der **Zahlungsverkehr** wird als öffentliche Dienstleistung definiert und als solche organisiert. Bargeld muss als Instrument demokratischer Bewegungsfreiheit erhalten bleiben.

28

Geldschöpfung erfolgt gegenwärtig primär über Zentralbankgeld von National- bzw. Notenbanken und sekundär (aber in den meisten Ländern in viel grösserem Ausmass) durch Kreditgewährung der Geschäftsbanken. Damit kann die Geldmenge in Wirklichkeit kaum mehr durch den Staat kontrolliert werden. Die derzeit geltenden Regulierungen werden daher auch die nächste globale Finanzkrise nicht verhindern können. Wir brauchen folglich eine neue, demokratisch kontrollierte Geldpolitik, welche die private Geldschöpfung durch ungesicherte Kredite verunmöglicht. In Zukunft sollen alle Interessierten direkten Zugang zum allein gesetzlichen Zentralbankgeld erhalten. Regionalwährungen können als Alternativen hilfreich sein. Kryptogelder jeder Art sind unzulässig. Konkurse müssen auf allen Ebenen, so auch für insolvente Staaten, mithilfe von klaren, global vereinbarten legalen Verfügungen, die keine Seite privilegieren, geregelt werden.

29

Die Steuerpolitik ist ein machtvolles Instrument zur Gestaltung der sozialen Verhältnisse. Der Übergang zu einer solidarisch orientierten Wirtschaft ist ohne radikale, auf Gerechtigkeit orientierte **Vereinfachung und Umgestaltung des Steuersystems** nicht denkbar. Diese betreffen in erster Linie die Abschaffung aller Ausnahmeregelungen, die den Reichen einschneidende Reduktionen der Steuerrechnung auf Gehälter und andere Einkünfte sowie auf ihre Vermögen erlauben. Kapitalerträge jeglicher Art und Bonuszahlungen sind ohne Ausnahme höher zu besteuern als

gewöhnliche Lohneinkommen. Pauschalbesteuerung und andere ähnliche Privilegien für Begüterte werden national und weltweit abgeschafft.

30

Vorstösse zu **Finanztransaktionssteuern** sollen unterstützt werden. Sie genügen aber nicht, um die globale Verschuldung und den Wildwuchs mit spekulativen Papieren zu eliminieren. Durch einzelne Nationen oder im Verbund von mehreren Ländern beschlossene Mikrosteuern im Promillebereich auf allen Finanztransaktionen sind eine praktische, effiziente und sozial gerechte Quelle zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben.

31

Unverzichtbar ist auch das Prinzip einer **starken Progression** bei der Besteuerung von Einkommen, Vermögen und/oder Erbschaften, wie es in skandinavischen Staaten ab Mitte des 20. Jahrhunderts mit vorzüglichen gesamtgesellschaftlichen Ergebnissen praktiziert wurde. Dasselbe Prinzip der Progression soll auch bei den Unternehmenssteuern zur Anwendung gelangen. Grossbanken und Konzerne werden dadurch in der Übergangsphase zur solidarisch strukturierten Gesellschaft in ihrem Trend zum Gigantismus durch progressive Steuerbelastung wirksam gebremst.

32

Der **Maximalsteuersatz** bei persönlichen Einkommen, Vermögen und/oder Erbschaften wird drastisch erhöht und in mehreren Progressionsstufen erreicht. In sozialer Hinsicht ebenso wichtig wie eine konsequente Abschöpfung der grössten Löhne und Kapitalerträge ist die Steuerbefreiung der niedrigsten Einkommen, weil der bürokratische Aufwand in diesen Fällen kaum gerechtfertigt ist.

33

Verbrauchersteuern sind sozial ungerecht und sollten vor allem in ärmeren Ländern so tief wie möglich gehalten werden. Produkte, die aus nicht nachhaltigen Ressourcen wie fossilen Treibstoffen stammen oder gesundheitsschädigend wirken wie Alkohol und Tabak, sind hingegen mit hohen Sonderabgaben zu belasten. Transportsteuern sollen als Hemmnis gegen unsinnige, die Umwelt belastende Produktionsabläufe und Handelssequenzen wirken. Kurze, regional und solidarisch organisierte Lebensmittelketten sind sowohl sozial als auch ökologisch die zukunftsweisenden Lösungen.

34

Der Kampf gegen sämtliche Formen der **Steuerhinterziehung** wird durch digitale Vernetzung der Steuerbehörden aller Länder und automatischen Informationsaustausch sowie mittels Austrocknung aller Steueroasen permanent und bis zur letzten Konsequenz geführt. Nationale und internationale Steuerharmonisierung in den wesentlichen Aspekten muss den ruinösen Steuerwettbewerb verhindern.

http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2020/08/Thesen_Wirtschaftsdemokratie.pdf

Die Verbreitung dieser originalen Version 2020 ist nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht.

Urheberrechte werden nicht erhoben.

Korrespondenz bitte an wirtschaftsdemokratie@denknetz.ch